

NRW
DIE FRAKTION

SPD

Britta Altenkamp | Thomas Kutschaty | Frank Müller

UNSERE ARBEIT IM LANDTAG 2018-2020



Unsere Ziele im Land:

#FairGehtMehr

#ZusammenWachsen

#DuBistEsWert

#SozialerFortschritt



Die drei Essener SPD-Landtagsabgeordneten

Britta Altenkamp

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | Ausschuss für Kultur und Medien | Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Vorsitzende) | Parlamentarischer Untersuchungsausschuss IV (Kindesmissbrauch)

 0211.8842501  [@britta.altenkamp@landtag.nrw.de](mailto:britta.altenkamp@landtag.nrw.de)
 www.britta-altenkamp.de

Thomas Kutschaty

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion | Ältestenrat

 0211.8842666  [@thomas.kutschaty@landtag.nrw.de](mailto:thomas.kutschaty@landtag.nrw.de)
 www.thomas-kutschaty.de  fb.com/kutschaty  twitter.com/thomaskutschaty

Frank Müller

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Ausschuss für Schule und Bildung | Enquetekommission - Brexit: Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen

 0211.8842242  [@frank.mueller@landtag.nrw.de](mailto:frank.mueller@landtag.nrw.de)
 www.frankmueller.org  fb.com/frankfuernrw  twitter.com/frank_mueller

 Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Liebe Genossinnen und Genossen,

was ein Jahr 2020! Wie alle Lebensbereiche überschattete die Corona-Pandemie auch die Arbeit der Politik im Landtag. Eine Krise mit diesen Ausmaßen hat sich wohl keiner vorgestellt. Vieles konnte und kann nicht wie geplant und gewohnt stattfinden. Natürlich hat sich auch das politische Leben in dieser Krise gewandelt, angepasst und verändert. Dabei sind unter Zuhilfenahme der technischen Möglichkeiten unserer Zeit durchaus gute neue Arbeitsweisen entstanden. Was aber fehlt, ist der Austausch fernab von Videokonferenzen, das persönliche Gespräch und das gemeinsame Erlebnis vor Ort. Wir hoffen, dass in naher Zukunft solche Begegnungen wieder möglich sein werden.

Aber gerade in dieser Krise zeigt sich einmal mehr, wie wichtig sozialdemokratische Politik ist. Denn diese Pandemie hat viele Defizite in unserer Gesellschaft noch einmal deutlich zu Tage gefördert. Wir reden hier zum Beispiel über Wertschätzung für die Berufe, die wirklich systemrelevant sind. Wir reden über faire Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort. Wir reden auch über gute Arbeitsbedingungen.

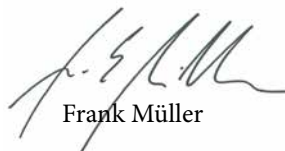
Aber in den letzten drei Jahren ist noch mehr passiert als Corona. Und auch darüber möchten wir gerne berichten. Auf den folgenden Seiten findet Ihr so einen kurzen, mit Sicherheit nicht abschließenden, Überblick über die Parlamentsarbeit in Corona-Zeiten und weitere Themen der Landespolitik 2018 - 2020.

Wenn Ihr Fragen, Anregungen oder konstruktive Kritik habt, sprecht uns einfach an. Für regelmäßige Informationen möchten wir neben unseren persönlichen Mitteilungen an die SPD-Gliederungen in Essen auf den E-Mail-Newsletter und das neue Magazin der SPD-Landtagsfraktion verweisen. Informationen hierzu findet Ihr im Internet unter www.spd-fraktion-nrw.de.

Es grüßen Euch ganz herzlich Eure Landtagsabgeordneten


Britta Altenkamp


Thomas Kutschat


Frank Müller



Parlamentsarbeit in Pandemiezeiten

Die Corona-Pandemie hat den Landtag wie alle anderen Parlamente und auch unsere gesamte Demokratie auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Es ist immer eine Gradwanderung zu entscheiden, was geht und was eben in dieser Situation nicht mehr vertretbar ist. Für uns als SPD-Landtagsfraktion stand der Schutz der Kolleginnen und Kollegen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer ebenso im Vordergrund wie die Verpflichtung, einen funktionierenden Parlamentsbetrieb so gut wie möglich aufrecht zu erhalten.

Denn eines haben wir von Anfang an klargestellt: Das Landesparlament ist in unserer Verfassung mit starken Rechten ausgestattet. Und das ist auch richtig so. Die gewählten Volksvertreter*innen

müssen die Regierung kontrollieren können, die politische Debatte gehört in das Plenum und dort müssen auch die Entscheidungen gefällt werden.

Gerade im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 war es ein wirklicher Notbetrieb im Landtag. Leere Gänge, kaum Sitzungen und viele Entscheidungen ohne den notwendigen politischen Diskurs. Das war auch der Situation geschuldet, dass wir uns alle dieser neuen Situation erst einmal anpassen mussten.

Nun im zweiten Lockdown merkt man, dass vieles wesentlich routinierter läuft. Die Hygienestandards im Landtagsgebäude sind der aktuellen Situation angepasst und Videokonferenzen oder hybride Fraktions- und Arbeitskreissitzungen sind mittlerweile Alltag.



Das Plenum tagt wieder im vollen Saal, aber die Abgeordneten werden durch Plexiglaskabinen voneinander getrennt. Der eine oder andere Zwischenruf wird von diesen Kabinen leider geschluckt und taucht deshalb nicht mehr im Protokoll auf.

An den Tischen in der Kantine sitzt man je nach aktueller Regelung alleine oder zu zweit und auf den Gängen wird Abstand gehalten. Viel wird gerade von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Homeoffice erledigt. Hier sind wir sehr froh über die technischen Möglichkeiten unserer Zeit. Nicht vorzustellen, wie das mit der technischen Ausstattung von vor 20 Jahren bewerkstelligt worden wäre. Mit Sicherheit müssen wir uns auch nach der Pandemie überlegen, welche dieser neu entdeck-

ten technischen Möglichkeiten wir weiterhin nutzen werden, weil sie eine große Flexibilität in der Arbeit ermöglichen.

Aber auch die Wahlkreisarbeit war nicht im gewohnten Maße möglich. Besuche aus Essen im Düsseldorf Landesparlament waren bis auf wenige Ausnahmen gar nicht mehr möglich, Besuchsgruppen sind seit März 2020 ebenso komplett abgesagt wie zum Beispiel der Jugendlandtag, der offene Landtag an den Wochenenden im Sommer, parlamentarische Abende und die vielen Anlässe, bei denen die Menschen aus dem ganzen Land den Weg in den Landtag gefunden haben. Vieles wurde durch Video-calls und Telefonate ersetzt, aber das persönliche Gespräch und die persönliche Begegnung kann das alles nicht ersetzen.



Corona

Die Corona-Pandemie hat von der Politik ein Miteinander erfordert. Dieses Miteinander kann jedoch nicht dazu führen, jedes Regierungshandeln einfach abzunicken. Dort, wo nötig, muss auch Kritik geübt werden. Und hierzu gab es leider in NRW mehr als genug Gründe.

Schon zu Beginn der Pandemie hat die SPD-Landtagsfraktion der Landesregierung die konstruktive Zusammenarbeit angeboten. Leider Fehlanzeige. Stattdessen Regierungschaos pur, überforderte Minister*innen, ein Ministerpräsident auf Abruf nach Berlin, der schon beinahe täglich seine Meinung anhand von Umfragen geändert hat. In keinem Bereich ist das wohl so deutlich gewesen wie im Schulbereich. Die Schulen wurden mit den Problemen alleine

gelassen, Anweisungen kamen kurz bevor sie umgesetzt sein mussten und die Unstimmigkeiten von CDU und FDP wurden auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen.

Für den Ministerpräsidenten stand immer die Inszenierung der eigenen Person im Vordergrund. Schließlich musste er sich im Rennen um den CDU-Parteivorsitz gegen seine Konkurrenten in Szene setzen und sich im Wettstreit um die Kanzlerkandidatur mit Markus Söder behaupten. Sonntagabends findet er aber immer noch ein wenig Ruhe und Muße zum Telefonieren, um für die Kumpels seiner Söhne millionschwere Deals aus der Landeskasse einzufädeln.

Ansonsten ist die Landesregierung eher durch wirklich vermeidba-

re handwerkliche Fehler in der Pandemie aufgefallen. Das fing an beim Pandemiegesetz und setzte sich mit jeder Corona-Schutzverordnung fort. Kein Land hat mit seinen Verordnungen so viel Unmut auf sich gezogen wie NRW. Viel Rhetorik und Theatralik in der Wortwahl auf der einen Seite stand wenig handwerkliches Geschick auf der anderen Seite gegenüber. Man denke nur einmal an die Vorstellung der Heinsberg-Studie und die dubiose Verstrickung der PR Agentur „Storymachine“ von Ex-Bild-Chef Kai Diekmann hierin.

Das Parlament wurde seitens der Landesregierung nur widerwillig und immer auf Druck der SPD-Landtagsfraktion eingebunden. So sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass in dieser

Krisensituation der Ministerpräsident vor Bund-Länder-Gesprächen die Meinung der Fraktionen einholt und im Nachgang unterrichtet. Stattdessen mussten wir durch Beantragung von Plenarsitzungen den Ministerpräsidenten förmlich ins Plenum zwingen.

Die Corona-Pandemie hat in den letzten Monaten aber auch vieles gezeigt, was im Argen liegt: die Zustände in unserer Arbeitswelt, die Situation von Familien, Defizite in der Bildung und der Blick auf die Menschen, für die ein häuslicher Lockdown aufgrund der beengten Verhältnisse ein Problem ist. Und hier wird deutlich, wo wir als SPD gebraucht werden. Wir müssen der Motor dafür sein, dass unsere Gesellschaft solidarisch durch die Pandemie geht und gewinnt aus ihr hervorkommt.



Strassenausbau- beiträge

Nicht für die Wenigen, sondern für die Vielen

Wenn in unseren Städten und Gemeinden Straßen und Wege ausgebessert oder saniert werden, sind die Kommunen laut Kommunalabgabengesetz (KAG) dazu verpflichtet, die Anwohnerinnen und Anwohner an den entstehenden Kosten zu beteiligen.

Neben Bremen und Sachsen-Anhalt gibt es eine solche Regelung nur noch in NRW. Der Anteil der Kosten variiert dabei von Kommune zu Kommune und ist in der jeweiligen kommunalen Satzung unterschiedlich hoch festgelegt: je nach finanzieller Situation der jeweiligen Stadt und Gemeinde von 50 bis hin zu 80 Prozent. Das ist absolut willkürlich und nicht gerecht.

Straßenausbaubeiträge betreffen nicht nur wenige, sondern viele. Denn Bescheide in 5-stelliger Höhe sind keine Seltenheit, sondern eher die Regel, wovon meistens besonders Rentner und junge Familien belastet sind. Gerade Rentnerinnen und Rentner geraten dadurch in existenzgefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite gewährt werden.

Insbesondere viele Kommunalpolitiker*innen haben sich als Praktiker des politischen Alltags vor Ort für eine Abschaffung dieser Gebühren ausgesprochen. Darunter übrigens auch viele mit CDU- und FDP-Parteibuch. Häufig mit dem Argument, dass diese Form der Abzocke einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Die Gebühren stammen aus einer Zeit, in denen Straßen und Wege in der Vielzahl



der Fälle nur privat genutzt wurden. Mittlerweile aber hat sich die gesellschaftliche Realität hier komplett gewandelt. Straßen, Wege und Plätze dienen mittlerweile mehr und mehr dem Allgemeingebrauch. Und deshalb muss es auch eine Aufgabe der Allgemeinheit sein, diese zu unterhalten.

Die Landesregierung ist hier trotz der lauten Rufe auch aus den eigenen Reihen jedoch mehr als beratungsresistent. Und das, obwohl wir ihr mehr als einmal die Hand zu einer gemeinsamen Initiative gereicht haben. Stattdessen setzt sie auf halbgeare Kompromisse und wälzt die Probleme einmal mehr auf die Kommunen ab. Mittlerweile gibt es auch viele überparteiliche lokale Bündnisse, die mit an unserer Seite für eine Abschaffung dieser Gebühren streiten.

Als SPD-Landtagsfraktion sind wir weiterhin für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und wollen die Kommunen dafür aus dem Landeshaushalt entschädigen.

Download: Kompaktinfo - Straßenausbaubeiträge



Download: Kompaktinfo - Unge-rechte Beiträge abschaffen!





Schule

Gute Schule 2020

Das noch unter SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf den Weg gebrachte Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden ging im Jahr 2020 auf die Zielgerade. Für Essen wurden dadurch insgesamt rund 82 Mio. Euro bereitgestellt, auch dieses Jahr profitieren Schulen noch von der SPD-Regierungszeit.

Förderung von Brennpunktschulen

Das Konzept der sogenannten „Talentschulen“ von FDP-Schulministerin Gebauer greift zu kurz. Landesweit geht man von insgesamt rund 1.000 sogenannten Typ-5-Schulen aus, die einen besonde-

ren Förderbedarf haben.

Die aktuellen Maßnahmen sind daher nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn die zahlreichen Schulen auch bei uns in Essen, die nicht zum Zuge gekommen sind, können nicht auf Ergebnisse des jetzigen Versuchs warten. Sie brauchen die Unterstützung möglichst schnell. Klar ist für uns als SPD-Landtagsabgeordnete, dass die Ausstattung an den Schulen dort am besten sein muss, wo die größten Probleme bestehen.

Daher fordern wir seit Jahren einen schulscharfen Sozialindex, um alle Schulen passgenau fördern zu können. Erst vor kurzem scheint endlich die Landesregierung aufgewacht zu sein. Bis Mitte des Jahres 2020 sollte nun ein Sozialindex entwickelt werden.



Wir werden dabei natürlich ganz genau hinschauen, dass dies keine Mogelpackung wird.

Personalmangel

Gleichzeitig bleiben auch jetzt schon zahlreiche Stellen an Schulen unbesetzt. Zuletzt wurde die Personalsituation in Essen mit einer Kleinen Anfrage im vergangenen Sommer abgefragt.

Während die Personalausstattungsquoten an Gymnasien und Berufskollegs statistisch bei knapp über 100 % lagen, waren es bei den restlichen Schulformen erkennbar weniger:

Berufskollegs	101,0%
Gymnasien	100,8 %
Grundschulen	97,4 %
Gesamtschulen	97,0 %

Realschulen	94,0 %
Hauptschulen	93,3 %
Förderschulen	93,1 %
Weiterbildungskollegs	88,9 %

Inklusion

Der Inklusionserlass der Schulministerin sorgt für eine extreme Unwucht im System. Mit dem Erlass vom Sommer 2018 werden die Gymnasien praktisch ausgeklammert, die Inklusion damit auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen abgewälzt. Dabei ist gerade auch in Essen die Nachfrage nach Inklusionsplätzen groß.

Mit dem derzeitigen Erlass wird aber einmal mehr deutlich, dass CDU und FDP eine reine Klientelpolitik betreiben, zu Lasten von Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften und Familien.



Familie, Kinder & Jugend

KiBiz bleibt Mumpitz!

Das Erbe vom früheren Familienminister Armin Laschet existiert leider immer noch fort. Die groß angekündigte Reform schrumpft letztlich zum Reförmchen, das die entscheidenden Probleme eben nicht aufgreift.

Denn die Fachwelt ist sich weiterhin einig, dass die Kindpauschalen im System die völlig falsche Grundlage für die Finanzierung der frühkindlichen Bildung sind. Sie lassen alle Beteiligten im Unklaren, seien es die Träger bei der Planungssicherheit, die Erzieherinnen und Erzieher in ihrer persönlichen Planung und auch die Familien in der Frage des Betreuungsplatzes. Auch nach der Reform fließt das Geld weiterhin erst mit einem abgeschlossenem

Betreuungsvertrag. Dadurch herrscht in der Einrichtung lange Zeit Unklarheit über die Finanzierung des nächsten Kitajahres.



Zudem drohen mit der Reform sogar Mehrkosten für die Stadt Essen, da die Kostensteigerungen auch mit der Senkung der Trägeranteile nicht komplett aufgefangen werden. Notwendige Investitionen in die Qualität sowohl in städtischen Kitas als auch in Kitas von freien und kirchlichen Trägern werden erstmal nicht zu erwarten sein.



Daher haben wir als SPD nach mehreren Reformschritten erkannt, dass das System der Kita-Finanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss.

Deshalb fordern wir: Weg mit den Kindpauschalen, her mit der Grundfinanzierung der einzelnen Kita durch einen festen Sockel. Nur so können wir endlich Ruhe und eine ausreichende Finanzierung schaffen. Für diese Umstellung haben wir als SPD im Landtag eine Summe von 500 Millionen Euro beantragt, die aber leider abgelehnt wurde.

Ein Lichtblick ist auf den ersten Blick das weitere beitragsfreie Kita-Jahr, jedoch fehlt auch hier der große Wurf. Denn das Geld stammt letztlich aus Berlin und es bedurfte daher keiner großen ei-

genen Anstrengungen des Landes. Statt nun auch mit Landesmitteln endlich die vollständige Beitragsfreiheit umzusetzen, schmückt sich FDP-Familienminister Stamp mit fremden Federn.

Daher ist für uns klar, dass nach der Reform vor der Reform ist.

Wir als SPD wollen eine vollständige Beitragsfreiheit für die frühkindliche Bildung.

Download: Handout - Frühkindliche Bildung bei steigenden Corona-Infektionszahlen





Innenpolitik

Insbesondere im Bereich der Innenpolitik heißt es ein wachsames Auge zu haben, denn dieser Bereich tangiert häufig die Rechte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Es muss die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gesucht und gefunden werden.

So war es zum Beispiel beim neuen Polizeigesetz. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Jahr 2018 einen klar verfassungswidrigen Gesetzesentwurf vorgelegt. Trotz vieler mahnender Worte von Experten aus den eigenen Reihen wollte sie dieses Gesetz durch das Parlament peitschen. Es ist dem Einsatz der SPD-Landtagsfraktion zu verdanken, dass die Prinzipien unseres Rechtsstaates sich in dem geänderten Gesetzesentwurf wiederfinden. Entstanden ist letztendlich ein Gesetz, das die Sicherheit für

uns alle erhöht, die Rechte des Einzelnen schützt und auch das Handeln unserer Polizistinnen und Polizisten auf eine verfassungsmäßige Grundlage stellt.

Mit großem Getöse und immer pressewirksam, zum Beispiel mit dem Essener Oberbürgermeister, wird angeblich den Clans in unserem Land zu Leibe gerückt. Das Lagebild spricht leider eine ganz andere Sprache. Für mehr als gute Schlagzeilen taugt das Thema nicht. Keine Bosse sind bisher verhaftet worden, keine Geldhähne zugedreht worden. Lediglich unversteuerter Tabak wurde beschlagnahmt und ein paar Laufburschen verhaftet. Das ist zu wenig im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Hier müssen endlich echte Taten statt Hochglanzbilder her. Andere Län-



der wie Niedersachsen und Berlin machen es uns zum Beispiel mit der Beschlagnahmung von Immobilien bereits vor.

Die letzten Monate hat die Aufdeckung von rechten Chat-Gruppen bei der Polizei in NRW für Schlagzeilen gesorgt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits im Februar 2020 mit dem „Masterplan Rechtsextremismus“ umfangreiche Maßnahmen vorgeschlagen, wie rechtsextreme Einstellungen auch bei der Polizei bekämpft werden können. Der Innenminister macht aber einmal mehr das, was die Landesregierung so häufig tut: Nichts - bis es zu spät ist. Wir haben sehr früh die guten Beispiele von SPD-Innenministern in den Ländern unterstützt und eine wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus und Rassis-

mus bei der Polizei gefordert. Nicht, um unsere Polizistinnen und Polizisten unter Generalverdacht zu stellen. Denn wir wissen: der Großteil der Beamtinnen und Beamten, die täglich für die Verteidigung unseres Rechtsstaats den Kopf hinhalten, sind entsetzt von den Vorkommnissen in den eigenen Reihen und Aufklärung ist in ihrem ureigensten Interesse. In der Studie geht es auch vielmehr darum, welche Parameter bei Einstellung und Ausbildung verändert werden müssen, um rechtsradikalen Tendenzen entgegenzuwirken.

Ach ja, ganz am Rande: Erinnert sich nach viel CDU-Wahlkampfgetöse heute noch jemand an die „Bosbach-Kommission“, die sich um die Innere Sicherheit in NRW kümmern sollte? Nein? Wir nämlich auch nicht!



Arbeit, Gesundheit & Soziales

Veränderungen der Krankenhauslandschaft: Auswirkungen auf Essen

In Essen bekommen wir sehr deutlich zu spüren, was die Landesregierung vor über einem Jahr auf den Weg gebracht hat: nämlich die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft in NRW. Ziel der Landesregierung war neben der Konzentration von Leistungsbereichen eine weitere Ökonomisierung der Krankenhauslandschaft. Das Patientenwohl und die Interessen der Arbeitnehmer*innen im Gesundheitswesen rücken immer weiter in den Hintergrund.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass die Vielfalt der Krankenhausträger erhalten bleibt. Eine flächendeckende Versorgung muss auch nach den Strukturverände-

rungen in allen Teilen Nordrhein-Westfalens sichergestellt sein. Dazu gehören auch die ländlichen Regionen. Die Erreichbarkeit von Gesundheitsleistungen muss insbesondere in Zeiten des demographischen Wandels gesichert sein. Gleichwertige Lebensverhältnisse gelten für alle Menschen in NRW.

Auch die Interessen der Beschäftigten, insbesondere die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, müssen berücksichtigt werden.

Die Umsetzung der Krankenhausreform muss als demokratischer Beteiligungsprozess durchgeführt werden. Vor allem das bisherige Fallpauschalensystem der Finanzierung von Krankenhausleistungen ist zu hinterfragen.

Hier in Essen merken wir be-



sonders zu Lasten der Gesundheitsversorgung im Norden einen Nachteil. Das ist der falsche Ansatz für gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Teilhabe.

Digitalisierung in der Pflege

Die kommunale Daseinsvorsorge wird immer mehr von der Digitalisierung geprägt. Längst ist es Ziel vieler Städte und Gemeinden, zu einer Smart City zu werden und kommunale Dienstleistungen digital miteinander zu vernetzen.

Die Landesregierung unterstützt dabei zurzeit aber nur einige wenige Modellkommunen. Viele andere bleiben auf der Strecke. Dabei brauchen besonders die kleinen Kommunen Unterstützung – zum Beispiel bei Verhandlungen mit Vertreter*innen aus der

Privatwirtschaft. Insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung des Datenschutzes dürfen Kommunen bei ihrem Weg zu einer Smart City nicht alleine gelassen werden.

Den Prozess werden wir als Landtagsfraktion weiterhin begleiten, um die Kommunen flächendeckend bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Smart City-Strategien zu unterstützen.

Situation von Diabeteserkrankten in NRW

In Nordrhein-Westfalen ist fast jeder Zehnte an Diabetes erkrankt. Soziale Situationen spielen dabei eine große Rolle. Je niedriger der soziale Status, desto wahrscheinlicher ist es, einen Diabetes Typ-2 zu entwickeln. Leider zeigt die Antwort der Landesregierung auf



unsere Große Anfrage, dass sie dieses massive Problem immer noch nicht richtig erkannt hat.

Unsere Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit hat deshalb einen landesweiten Diabetesplan. Auch hier darf weder die soziale Situation noch der Wohnort über die Gesundheit entscheiden.

Download: Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage „Situation der Diabeteserkrankungen in NRW“



Corona-Impfungen

Zum Thema Impfungen gegen das Corona-Virus und Impfen allgemein existieren viele Mythen und Fake News. Auch hier haben wir als SPD-Landtagsfraktion unsere Pflicht zur Versachlichung der Debatte und Aufklärung in der Sache wahrgenommen. Die ganze Bandbreite der Themen haben wir dabei abgedeckt: Impfpflichtpflicht, Sinn und Zweck von Impfungen, ...

Download: Faktencheck - Corona: Impfen als Chance



Kinderschutz- kommission

Nach Bekanntwerden der schrecklichen Missbrauchsfälle in Lügde und Bergisch Gladbach hat unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty schon sehr früh den anderen demokratischen Fraktionen die Einrichtung einer parlamentarischen Kinderschutzkommission vorgeschlagen.

Ende 2019 wurde die Notwendigkeit zur Einberufung einer solchen Kinderschutzkommission fraktionsübergreifend und einstimmig umgesetzt. Sie soll nun die einzelnen Themenfelder zum Schutz der Kinder vor sexualisierter Gewalt, körperlicher und psychischer Gewalt, Vernachlässigung, aber auch Gesundheitsschutz, Schutz vor Armut umfänglich aufarbeiten und kritisch hinterfragen. Die Kommission kann dazu Expert*innen und Berater*innen hinzuziehen

und Gutachten beauftragen.

Der Kinderschutz soll sich als „Daueraufgabe“ des Landtags etablieren:

Seit 2002 sind Kinderrechte in der nordrhein-westfälischen Verfassung verankert. Die Kommission hat nun als höchste Priorität sich dem Schutz von Kindern verschrieben.

Britta Altenkamp ist Vorsitzende der Kinderschutzkommission.

Link: Informationen zur Kinderschutzkommission





Kultur & Medien

Radiovielfalt in NRW

Seit 28 Jahren gibt es in NRW den privaten Lokalfunk. Die 44 Lokalradios tragen mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramm des WDR zur Medienvielfalt in NRW bei, die eine hohe Akzeptanz genießt. Unser Ziel ist es, das vorhandene Radiosystem zu erhalten.

Die Lokalnachrichten sind für viele Bürgerinnen und Bürger in NRW neben den Tageszeitungen die wichtigste Informationsquelle für Lokal- und Landespolitik. Somit überrascht es auch nicht, dass die Zahlen der Zuhörer*innen seit Jahren weitgehend stabil sind. Diesen Zugang zu Informationen zu ermöglichen und zu erhalten, ist auch Aufgabe des Gesetzgebers.

Allerdings muss das Radiosystem

weiterentwickelt und an das digitale Zeitalter angepasst werden. Die Nutzung von Streamingangeboten wächst, und der Ausbau des Digitalradiostandards DAB+ schreitet voran. Schwarz-Gelb kündigte eine „Radiostrategie“ an, die aber bislang auf sich warten lässt.

Zeitungsmarkt: Vielfalt erhalten

Für uns als SPD-Landtagsfraktion gehört zur Medienvielfalt nicht nur das Angebot der Radiosen-der vor Ort, sondern auch eben die Vielfalt des Zeitungsmarktes. Auf unsere Große Anfrage zum Zeitungsmarkt in NRW gab die Landesregierung eine 380-seitige Antwort – jedoch ohne politische Aussage.

Der Kostendruck zwingt Redaktionen zu Einsparungen, Arbeits-



plätze von Journalisten stehen auf dem Spiel, Zeitungen werden teurer, das Angebot verschiebt sich zunehmend vom Print- in den Online-Bereich.

Download: Antwort auf die Große Anfrage „Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2019 und seine digitale Entwicklung“

Ein Konzept zum Erhalt der Medienvielfalt gibt es seitens der Landesregierung nicht. Wir setzen uns dagegen für eine Stärkung des Zeitungsmarktes ein. Eine Wiederbelebung der Journalismus-Stiftung „Vor Ort NRW“ scheint für uns unabdingbar, um den Lokajournalismus zu fördern, nachdem die Regierung Laschet diese stillgelegt hatte.



Download: Große Anfrage „Situation und Entwicklung des Online-Medienmarktes in Nordrhein-Westfalen“

Diese Landesregierung tut eindeutig zu wenig für den Zeitungsmarkt in NRW und lässt dabei Leserinnen und Leser sowie Journalistinnen und Journalisten auf der Strecke.





Wohnen

Wohnungsbau wieder fördern – eine landeseigene Wohnungsgesellschaft

Jeder zweite Mensch, der in einer Großstadt lebt, hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Daher sehen wir den Bedarf an gefördertem Wohnungsbau als wichtiger denn je an, weil bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist.

NRW trifft es besonders hart. In Bonn, Neuss, Köln und Düsseldorf müssen Mieter*innen rund 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben – das ist mehr als irgendwo sonst in Deutschland.

Wir brauchen dringend mehr bezahlbare Mietwohnungen. Aber seit Armin Laschet in NRW regiert, ist der geförderte Wohnungsbau um 40% zurückgegan-

gen. 2019 hat sich der Abwärtstrend noch einmal bestätigt.

Als SPD-Landtagsfraktion stellen wir fest, dass wir in NRW endlich wieder eine landeseigene Wohnungsgesellschaft brauchen! Hohe Mietpreise und Wohnungsnot steigern die soziale Ungerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns weiterhin für einen stärkeren Mieterschutz und bezahlbaren Wohnraum ein.

Zukunftsweisend: Offensive Studentisches Wohnen

Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum betrifft auch Studierende in NRW. Die hohen Mieten entpuppen sich vielerorts als versteckte Studiengebühren. NRW braucht deshalb eine Offensive für studentisches Wohnen. Den zwölf Studierendenwerken in unserem



Land fehlt es neben einer Erhöhung ihrer Grundfinanzierung vor allem an konkreten Zusagen für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen.

Als SPD-Landtagsfraktion wollen wir die angespannte Wohnungsmarktlage der Studierenden nicht tatenlos zur Kenntnis zu nehmen, sondern durch ein Programm für den studentischen Wohnraum zügig verbessern. Unser Programm wurde von den Studierendenwerken ausdrücklich begrüßt.

Unser Fortschrittsprogramm für Nordrhein-Westfalen

Im Dezember 2020 haben wir unser Fortschrittprogramm für NRW, das bereits den Schwerpunkt unserer Änderungsanträge zum Haushalt bildete, noch einmal

kompakt zusammengefasst und vorgestellt. Auch unsere Forderungen zum Thema „Wohnen“ haben hier Einzug gefunden, wie auch die Forderung nach einer guten Infrastruktur und einem hervorragenden Bildungssystem. Wir wollen, dass hierfür in den nächsten 4 Jahren 5 Mrd. Euro investiert werden. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen in unserem Land stärken.

Download: Kompaktinfo - Unser Programm für den Fortschritt in Nordrhein-Westfalen





Untersuchungs- ausschüsse

Die sogenannten Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (PUA) gehören zum „schärfsten Schwert“ der Opposition.

Ziel eines solchen Ausschusses ist es, Missstände im staatlichen Bereich aufzuklären. Auf der einen Seite erhalten Parlamente durch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Möglichkeit selbständig Sachverhalte, insbesondere solche, die in dem Verantwortungsbereich der Regierung bzw. Exekutive liegen und die auf Missstände hindeuten, zu untersuchen und damit parlamentarische Kontrolle über eine Regierung auszuüben.

Parlamentarische Ausschüsse sind für einen bestimmten Zeitraum festgelegt, können Zeugen und Sachverständige befragen, um die

Vorwürfe aufzuklären. Der Ausschuss kann keine Urteile sprechen so wie ein Richter in einem Prozess.

Im Landtag NRW sind zurzeit vier Parlamentarische Untersuchungsausschüsse einberufen:

Der PUA 1 beschäftigt sich mit dem Attentäter vom Breitscheidplatz Amri. Der Untersuchungsausschuss wurde noch in der alten Legislaturperiode 2017 eingesetzt.

Der angebliche Hackerangriff auf die Staatsministerin a.D. Christina Schulze-Föcking und die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität stellte die Opposition vor Rätsel, die es im Untersuchungsausschuss 2 zu beantworten gilt.

Der dritte Untersuchungsaus-

schuss wurde eingesetzt, um zu den Umständen der Verwechslung, der Inhaftierung, des Todes und des Umgangs mit der Familie des Amad A. in der Justizvollzugsanstalt Kleve zu ermitteln.

Der zuletzt einberufene Untersuchungsausschuss setzt sich mit den Missbrauchsfällen auf dem Campingplatz in Lügde auseinander, welche 2018 für Aufsehen gesorgt haben. Dort soll mögliches Versagen und Fehlverhalten auf allen mit dem Missbrauchsfall befassten Ebenen aufgeklärt werden.

Der PUA „Kindesmissbrauch“ schaut sich insbesondere die Ermittlungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Missbrauchsfall, das Handeln der Jugendämter, die Kommunikation mit anderen Behörden sowie den

Umgang der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Fall ab Oktober 2018 an.

Link: Untersuchungsausschüsse der aktuellen Wahlperiode



Link: Untersuchungsausschüsse der vergangenen Wahlperioden





Rechtsextremismus

Der wachsende Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Durch die Anschläge der vergangenen Monate wurde vielen noch einmal klar vor Augen geführt, dass Hass, Intoleranz und Gewaltbereitschaft zunehmen. Dem müssen wir als Sozialdemokraten konsequent entgegenstehen.

Leider gibt es auch in Essen mit den sogenannten ‚Steeler Jungs‘ eine Gruppierung, die mittlerweile bundesweite Aufmerksamkeit genießt. Dabei handelt es sich nicht um besorgte Bürger, wie manche immer meinen, sondern vielmehr haben wir es mit einer Mischszene aus gewaltbereiten Hooligans und Rechtsextremen zu tun. In zahlreichen Landtagsdebatten, aber auch durch konkrete Nachfragen

beim NRW-Innenministerium hat sich klar herausgestellt, dass es Querverbindungen und vielfältige Kontakte zu verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonen aus der rechtsextremen Szene gibt. Es darf daher nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. So ist es wichtig, die Polizei und den Staatsschutz bei uns in Essen nicht allein zu lassen, sondern konsequent zu stärken. Neben einer Null-Toleranz-Strategie muss auch die Personaldecke verbessert werden. Aber stattdessen verliert die Polizei Essen weiterhin Kräfte, obwohl es immer mehr Aufgaben gibt. Hier erwarten wir von der Landesregierung mehr als nur Ankündigungen.

Klar ist aber auch, dass die Lösung des Problems nicht bei den Sicherheitsbehörden allein abge-



laden werden kann und darf. Wir brauchen eine umfassende Aufklärungs- und Bildungsarbeit, damit gerade auch Menschen im Umfeld informiert werden, dass es sich hier nicht um harmlose Spaziergänge handelt, sondern um Menschen, die gezielt rechtsextremes und rassistisches Gedankengut verbreiten wollen.

Aber auch bestehende Aussteigerprogramme und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen bei ihrer Arbeit stärker unterstützt werden. Dafür setzen wir uns ganz konkret ein.

Als zentralen Punkt haben wir einen „Masterplan Rechtsextremismus“ gefordert, um Rechtsextremismus stärker zu bekämpfen. Dazu müssen wir entsprechende Gruppierungen stärker überwa-

chen, Meldesysteme verbessern, Einrichtungen wie Synagogen und Moscheen besser schützen und das Personal bei der Polizei aufstücken.

Das sind nur aber nur einige der insgesamt 55 Vorschläge, die wir gemacht haben, um unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger besser zu schützen und die Demokratie gegen den Feind von „Rechts“ zu verteidigen. Das sind wir als SPD unseren Mitmenschen und uns selbst schuldig!

Download: Kompaktinfo - Masterplan gegen Rechtsextremismus





Gesellschaftliche

Vielfalt - LSBTTIQ*

Wir als SPD treten für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, in der auf dem Boden unseres Grundgesetzes sich jede Person frei entfalten kann.

Alle Rechte und natürlich auch Pflichten gelten gleichermaßen auch für Minderheiten. Trotz schrittweiser und in vielen Bereichen erkennbarer Verbesserungen haben wir aber immer noch mit gesellschaftlichen Vorurteilen und Diskriminierungen von Menschen zu kämpfen - sei es aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung - oder die Diskriminierung vom Menschen mit Einschränkungen.

Die Beschreibung als Minderheit erfolgt meist sehr pauschal, obwohl diese Menschen meist auch diversen anderen gesellschaftli-

chen Gruppen zuzurechnen sind. Viele sind Arbeitnehmer*innen, haben Familien, sind ehrenamtlich aktiv, üben Sport aus oder sind Fans von Sportvereinen. Damit wird deutlich, dass Menschen immer mehr als nur eine bestimmte Eigenschaft haben.

Eine Politik, die sich nicht nur, aber eben auch um die Belange von – vermeintlichen - Minderheiten kümmert, gehört daher zu unserem Selbstverständnis. Denn immer wieder zeigt sich, dass Ausgrenzung oder Verächtlichmachen von Personengruppen noch immer Konjunktur haben.

Es ist vielleicht eine Binsenweisheit, aber man kann es nicht oft genug wiederholen: Der Wert einer Gesellschaft bemisst sich immer auch daran, wie sie mit



Minderheiten umgeht. Gerade in den heutigen Zeiten, in denen sich das gesellschaftliche Klima verschlechtert hat, der Umgang rauer geworden ist, müssen wir wachsam sein.



Zuletzt haben wir immer häufiger auch Fragen und Hilfesuche von LSBTTIQ*-Menschen erhalten. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung aus ihren Heimatländern flüchten müssen, haben es immer wieder schwer bei der Anerkennung des Problems.

Auch die Landesverwaltung hat

hier noch nicht alle Hausaufgaben gemacht. Noch immer fehlt das angekündigte Diversity-Management im Umgang mit Menschen im Landesdienst. Trotz zahlreicher Gespräche und Aufforderungen im Sinne von Betroffenen passiert hier bislang zu wenig. Zudem erleben wir immer wieder eine Überforderung öffentlicher Stellen im Umgang mit Inter*- und Trans*-Menschen. Hier brauchen wir Vorgaben und auch Fortbildungsangebote, damit Beschäftigte im Öffentlichen Dienst Klarheit haben und nicht, wie heute oft, allein gelassen werden.

Link: SPDqueer Ruhr





BREXIT

Der BREXIT ist Realität geworden. Nach jahrelangem unwürdigen Geschacher ist Großbritannien aus der EU ausgetreten. Der zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ausgehandelte Partnerschaftsvertrag trat am 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft.

Damit ist auch die mehr als zweijährige Arbeit der Enquetekommission zum BREXIT beendet, die sich mit den konkreten Auswirkungen beschäftigt hat. Denn neben den engen Wirtschaftsbeziehungen, die sich unweigerlich zum beiderseitigen Nachteil verschlechtern werden, ist das Leben von vielen EU-Bürger*innen in Großbritannien, aber auch von Brit*innen in der EU und damit bei uns in NRW und in Essen betroffen.

Denn die Beziehungen gerade zwischen NRW und dem Vereinigten

Königreich sind eng und vielfältig. Vor allem aber sind sie zu einer Zeit entstanden, in der es einem Wunder gleichen musste, dass uns unmittelbar nach dem Krieg und den unfassbaren Verbrechen, die von deutschem Boden ausgingen, Menschen freundschaftlich die Hand gereicht haben.

Bei uns in Essen geht die Partnerschaft mit Sunderland auf das Jahr 1949 zurück, was ein historischer Akt der Versöhnung war, dem ein reger Austausch folgen sollte. Zwischenzeitlich hat auch das bürgerschaftliche Engagement nachgelassen. Auch das hat Spuren hinterlassen und gehört zur Wahrheit dazu. Dabei ist klar geworden, dass eben nichts selbstverständlich ist.

Neben einer Auswirkung auf die



Schulen werden auch Auswirkungen im Hochschulbereich spürbar sein. Der intensive Austausch, durch europäische Regelungen heute selbstverständlich, muss auf neue Füße gestellt werden. Hart kann es auch Studierende treffen, wenn es künftig nicht mehr möglich sein sollte innerhalb des Erasmus-Programms von Studiengebühren befreit zu werden. Wir wollen doch gerade den Austausch junger Menschen ermöglichen. Und zwar unabhängig von ihrem oder dem Geldbeutel ihrer Eltern.

Klar ist, dass wir den BREXIT nicht gewollt haben. Und auch wenn damit ein Traum geplatzt ist, bleibt die Hoffnung und der Auftrag, dass wir einen Weg finden, die Zukunft unserer Beziehungen zum Vereinigten Königreich und damit die europäische Zukunft zu

gestalten. Denn die großen Herausforderungen, vor denen wir alle gemeinsam stehen, werden wir auch nur gemeinsam lösen können.

Download: Gutachten der Enquete-kommission BREXIT



Download: Stellungnahmen von Sachverständigen in der Enquete-kommission BREXIT





Praxistage

Die Arbeit im Parlament ist für Landtagsabgeordnete natürlich viel mehr als ab und an im Plenarsaal die Hand bei einer Abstimmung zu heben.

In vielen Gesprächsrunden, Arbeitskreisen und Ausschusssitzungen werden Themen, Anträge und Gesetzesvorhaben diskutiert. Doch die entscheidenden Impulse, die Ideen, welche Probleme die Menschen in der Nachbarschaft umtreiben, die bekommen wir bei uns vor Ort im Gespräch und bei der Zusammenarbeit mit den Essenerinnen und Essenern.

Natürlich kennt jeder von uns unsere Stadt Essen sehr gut. Aber erst durch die verschiedenen Blickwinkel der Menschen, die hier leben und arbeiten, bekommen wir alles mit. Das gelingt am besten durch

intensiven und regelmäßigen Austausch: Gespräche bei Vereinsbesuchen wie etwa im Kleingartenverein, der Austausch mit den Sozialverbänden, den Bürgervereinen in den Stadtteilen, den Sportvereinen und auch verschiedene Praxistage, bei denen wir einfach mal die Rollen tauschen und in die verschiedenen Berufe bei uns in Essen, aber auch in anderen Teilen des Landes, reinschnuppern.

Bei den regelmäßigen Praxistagen wird immer wieder deutlich, wie wichtig der direkte Austausch ist. Als Politiker versteht man die Zusammenhänge viel besser, wenn man einmal hinter die Kulissen geschaut hat. Gleichzeitig können wir mit unserer Erfahrung aufzeigen, wie politische Probleme am besten gelöst werden. Nachdem Schülerinnen und Schüler der



Gustav-Heinemann-Gesamtschule den Landtag besuchten folgte zum Beispiel nur wenige Wochen später ein Praxistag, bei dem man sich selbst ein Bild machen konnte.



Aber auch die Stadtteilspaziergänge sind immer wieder sehr beliebt. Gemeinsam mit unseren heimischen Vertreter*innen aus Ortsverein, Rat und Bezirksvertretung, aber auch interessierten Bürger*innen sind wir vor Ort, schauen nach dem Rechten. Gibt es Probleme oder Ärgernisse, können wir schauen, welche Ebene

– Stadt oder Land – am besten helfen kann und uns dann entweder selber kümmern oder die richtigen Kontakte vermitteln.

Daher verstehen wir uns als direkte Ansprechpartner für alle gesellschaftlichen Gruppen. Wir gehen hin und freuen uns über die vielen Einladungen und bieten auch Sprechstunden für alle an, die uns nicht schon auf anderen Wegen ihre Anliegen mitteilen.

Gerade bei uns im Ruhrgebiet sind viele Menschen und ihre Perspektiven am Arbeitsmarkt vom Strukturwandel geprägt. Initiativen wie die JOBLINGE ermöglichen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund den Weg in eine Ausbildung. Auch das Kolping Berufsbildungswerk bietet jungen Menschen Perspektiven.



Besuchergruppen

Ein gefragtes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger ist ein Besuch im Landtag - in der aktuellen Situation aber leider nicht möglich. Wir freuen uns aber auf die Zeit, wenn die Lage einen Austausch hier in Düsseldorf wieder zulässt.



Regelmäßig kommen ganz unterschiedliche Besuchergruppen aus Essen in den Landtag, um uns und unsere Arbeit besser kennenzulernen. Neben vielen Schülergruppen der Essener Schulen sind auch Vereine oder Sozialverbände immer wieder zu Gast. Aber

natürlich laden wir immer wieder auch offene Gruppen ein, damit alle Essener*innen die Möglichkeit haben, den Landtag zu besichtigen und mit uns zu diskutieren.

Im Schnitt sechs oder auch manchmal mehr Gruppen besuchen jeden von uns im Jahr. Dabei ist es nicht nur schön, Gäste aus unserer Heimatstadt zu empfangen. Es macht auch viel Freude, unseren Arbeitsplatz vorzustellen und ganz konkret und transparent zu berichten, was wir im Landtag für Essen erreichen können und wollen.

Ein besonderes Highlight ist immer das Besucherzentrum des Landtags mit seiner 240-Grad-Leinwand. Hier wird man mitten ins Plenum oder in Regionen unseres Landes versetzt.

#Sozialer #Fortschritt

Magazin der SPD-Fraktion im Landtag NRW

2/2020

Fraktions-Magazin

Bereits zum zweiten Mal ist zur Jahreswende das neue Magazin der SPD-Landtagsfraktion #SozialerFortschritt erschienen. In regelmäßigen Abständen werden wir Euch auf diesem Weg online und als Printversion eine Leselektüre mit auf den Weg geben.

Aktuelle Themen unter Berücksichtigung unserer Leitmotive

#FairGehtMehr
#ZusammenWachsen
#DuBistEsWert

werden hier beleuchtet. Die zweite Ausgabe steht natürlich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie.

Klickt doch mal rein. Wenn Ihr ein gedrucktes Exemplar haben möchtet, könnt Ihr Euch gerne an unsere Landtagsbüros wenden.

*Download: Ausgabe 1 des
Fraktionsmagazins
#SozialerFortschritt*



*Download: Ausgabe 2 des
Fraktionsmagazins
#SozialerFortschritt*





Herausgeber:

Die Essener SPD-Landtagsabgeordneten
Britta Altenkamp, Thomas Kutschaty &
Frank Müller

Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
vorname.nachname@landtag.nrw.de